

Die deutsche Wirtschaft schrumpft und zieht das Wachstum der Euro-Zone nach unten | NZZ

Peter A. Fischer

6-7 Minuten

Das BIP Deutschlands nahm im zweiten Quartal um 0,1 Prozent ab. Auch die Euro-Länder schwächeln.

14.8.2019, 11:14 Uhr

(dpa/awp/sda/reu)/cts.

Internationale Handelskonflikte und die Abkühlung der Weltkonjunktur haben die exportorientierte deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal ausgebremst. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) schrumpfte um 0,1% gegenüber dem Vorquartal, wie das Statistische Bundesamt anhand vorläufiger Daten am Mittwoch mitteilte. Zum Jahresanfang war Europas grösste Volkswirtschaft noch um 0,4% gewachsen.

Gebremst wurde die Entwicklung laut den Angaben vom Aussenhandel. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen sanken im Vergleich zum Vorquartal stärker als die Importe. Die privaten Konsumausgaben stiegen dagegen, die Unternehmen investierten mehr. Die Bauinvestitionen waren allerdings nach einem kräftigen Anstieg zum Jahresbeginn wegen des vergleichsweise milden Winters rückläufig.

Vor allem die Kauffreude der Konsumenten stützt Europas grösste Volkswirtschaft. Die Menschen sind angesichts niedriger Arbeitslosigkeit in Konsumlaune. Zudem wirft Sparen wegen der Zinsflaute kaum mehr etwas ab. Zuletzt wurden die Menschen nach Angaben der Analytiker von GfK beim Geldausgeben allerdings vorsichtiger. Meldungen über Personalabbau und die Einführung von Kurzarbeit liessen die Angst vor Jobverlust wachsen, sagte GfK-Konsumklimaexperte Rolf Bürkl jüngst.

Brexit und Handelskonflikt lasten schwer

Die Abkühlung der Weltwirtschaft, die Unsicherheiten wegen des Handelskonflikts zwischen den USA und China sowie die

Unwägbarkeiten des Brexits belasten die deutsche Industrie. Hinzu kommt der Strukturwandel in der Autoindustrie durch die Elektromobilität.



Die Industrie kommt wegen des Handelsstreits nicht auf Touren. (Bild: Matthias Rietschel / Reuters)

Die für das dritte Quartal erhoffte Konjunkturerholung steht nach zuletzt eher schwachen Daten Ökonomen zufolge zunehmend in Frage. «Deutschlands Konjunktur steht auf der Kippe», sagte Sebastian Dullien, wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung. Die Chancen für eine raschen Erholung der Wirtschaft und insbesondere der Industrie im zweiten Halbjahr seien deutlich gesunken.

Merkel will keine Konjunkturpakete

Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht aktuell aber keine Notwendigkeit für Konjunkturpakete. Zwar gehe die Wirtschaft in eine «schwierigere Phase», hatte die Politikerin am Dienstag gesagt. Merkel warnte aber davor, die wirtschaftliche Lage schlecht zu reden. «Wir werden situationsgerecht agieren.» Für das Gesamtjahr rechnete die Bundesregierung zuletzt mit einem Wirtschaftswachstum von 0,5%. Im vergangenen Jahr war das Bruttoinlandprodukt insgesamt noch um 1,4 % gestiegen.

Auch der Ökonom und Direktor des IW-Köln, Gerald Hüther, sagte in einem [Interview mit der F.A.Z.](#), dass kein «konjunktureller Handlungsbedarf» bestehe. Um der Digitalisierung und dem Klimawandel zu begegnen, müsse Deutschland jedoch mehr investieren. Der Experte folgerte, dass gerade jetzt die Bedingungen dafür sehr gut seien. So seien die Zinsen niedrig und gar deutsche Staatsanleihen mit langen Laufzeiten weisen negative Renditen auf. Hüther forderte daher einen «Deutschlandfonds» in Höhe von 450 Mrd. €.

Die deutsche Industrie fordert ebenfalls, dass Berlin eingreift. Angesichts der sich eintrübenden Konjunktur müsse sich Deutschland von seiner strikten Finanzpolitik verabschieden. «Deutschland verfügt nach einem wirtschaftlich starken Jahrzehnt mit einem sehr hohen Beschäftigungsstand und solide finanzierten

öffentlichen Haushalten über Spielraum, um Impulse zu setzen», schrieb der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Joachim Lang, [in einem Gastbeitrag im «Handelsblatt»](#). «Finanzpolitisch muss Deutschland jetzt umschalten», erklärte Lang.

Euro-Raum stagniert

Wegen der Konjunkturschwäche in Deutschland hat sich das Wirtschaftswachstum in der Euro-Zone im zweiten Quartal halbiert. Das Bruttoinlandprodukt legte von April bis Juni nur noch um 0,2% zum Vorquartal zu, wie das Statistikamt Eurostat am Mittwoch mitteilte.

Es bestätigte damit eine frühere Schätzung. Zum Jahresauftakt hatte es noch zu einem Plus von 0,4% gereicht. Zum Vergleich: Die weltgrößte Volkswirtschaft USA schaffte im Frühjahr ein Plus von 0,5%.

Von den grossen Euro-Ländern schnitt Deutschland am schlechtesten ab: Hier schrumpfte die Wirtschaft um 0,1%, weil Handelskonflikte und schwächere Weltkonjunktur den Export-Europameister belasteten. Die Nummer zwei Frankreich wuchs hingegen um 0,2%, während die Nummer drei Italien stagnierte. Spanien und die Niederlande schafften sogar jeweils ein Plus von 0,5%.

Die Aussichten für die zweite Jahreshälfte sind gedämpft. Das von der EU-Kommission ermittelte Wirtschaftsklima fiel im Juli auf den niedrigsten Stand seit vier Jahren. Besonders in der Industrie machte sich vermehrt Pessimismus breit. Aber auch Dienstleister, Einzelhändler und Baubranche meldeten eine Eintrübung. Lediglich die Konsumenten zeigten sich optimistischer.

Wagen Sie den anderen Blick mit unlimitiertem Zugang zur digitalen NZZ